

Schängel-Serie: Erinnerung an NS-Opfer

Vor 75 Jahren: Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

-von Joachim Hennig-

Immer wieder sind es die Jahrestage, die uns im Trubel des Alltags innehalten und an die jüngere Geschichte erinnern lassen. In diesem Jahr gibt es mehrere dieser „denkwürdigen“ Tage. An diesem Samstag ist es die 75. Wiederkehr des Attentatsversuchs von Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler in dessen „Führerhauptquartier“ in der „Wolfschanze“ in Ostpreußen gegen 12.42 Uhr des 20. Juli 1944 und des anschließenden, ebenfalls gescheiterten Umsturzes.

Dieses Jahr kommt dem Gedenken an dieses Schlüsseldatum unserer jüngeren Geschichte eine ganz besondere Bedeutung zu.

Die Bedeutung des 20. Juli 1944 heute

Das liegt nicht nur daran, dass sich die Ereignisse 2019 zum 75. Mal jähren. Bedeutsam ist auch, dass dieses Jahr Bundeskanzlerin Angela Merkel die Gedenkrede in der Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock in Berlin hält. Das sind wichtige, aber nur äußere Zei-

chen für die Bedeutung des Datums.

Der 20. Juli 1944 gilt gemeinhin als der „Aufstand des Gewissens“, des „anderen“, besseren Deutschlands gegen die Nazi-Diktatur und ihre Verbrechen. Die Erinnerung hieran und an das Vorbild dieser Widerständler ist heute so wichtig wie eh und je – angesichts des sich immer mehr vernetzenden und radikalisierten Rechtsextremismus und demokratiefeindlicher Tendenzen.

Bereits im Jahr 2017 zählten die Sicherheitsbehörden im ganzen Land rund 24 000 rechtsextrem eingestellte Personen, von denen die Hälfte, also mehr als 12 000 „gewaltorientiert“ sind. Zu Recht stellte Bundesaußenminister Heiko Maas vor einigen Wochen dazu fest: „Wir dürfen weder unsere Straßen noch das Internet radikalen Rechten überlassen.“

Anschläge auf Politiker

Wozu das führt, haben in der letzten Zeit nicht nur Flüchtlinge und Migranten erfahren müssen. Inzwischen sind auch Politiker in das Fadenkreuz dieser Verbrecher gekommen. Kommunalpolitiker sind zum Teil wiederholt mit Mord bedroht worden 2015 entging die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker



Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, 2006. Foto: Förderverein Mahnmal Koblenz

nur knapp einem Anschlag, jetzt wird sie schon wieder mit dem Tod bedroht. Diese rechte Gewalt hat vor sieben Wochen zum Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke geführt. Wie heißt es doch bei Bertold Brecht im „Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui“: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dieses kroch.“

Bei dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten

Lübcke zogen Kommentatoren Parallelen zu den Morden des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) nach 2000 und zu denen der Roten Armee Fraktion (RAF) in den 1970er und 1980er Jahren. Diese Parallelen sind sicherlich zutreffend. Eine andere Parallele blieb aber unerwähnt: Die Morde an führenden Politikern der Weimarer Republik. Sie waren das Resultat von Hass auf

und Gewalt an Demokraten, die für ein friedliches Miteinander eintraten und die den Frieden nach dem Ersten Weltkrieg vorbereitet bzw. befürwortet hatten (die Nazis und andere Rechtsradikale nannten sie die „Novemberverbrecher“).

Politische Morde in der Weimarer Republik

Das begann im Juni 1921 mit dem Fememord an dem bayerischen USPD-Politiker

Karl Gareis, setzte sich im August 1921 fort mit dem Mord an dem badischen Zentrumspolitiker Matthias Erxberger und Anfang Juni 1922 mit dem Blausäure-Attentat auf den sozialdemokratischen Politiker Philipp Scheidemann. Am 24. Juni 1922 wurde dann der liberale Außenminister Walter Rathenau (DDP) von Angehörigen der rechtsextremen Organisation Consul (OC) getötet. Zuvor hatten Teile der nationalistischen Presse mehr oder weniger unverblümt zum Mord an dem jüdischen Politiker aufgerufen. Rathenau hatte einige Monate zuvor den Vertrag von Rapallo mit Sowjetrußland unterzeichnet und galt den völkischen Rechten als Inkarnation der verhassten „Judenrepublik“. Wenige Tage später verübten Mitglieder der Organisation Consul, wie schon zuvor und auch später, ein weiteres Attentat, diesmal auf Rathenaus Freund Matthias Harden, der dem Anschlag mit schweren Kopfverletzungen nur knapp entging.

Die Folgen der Morde

Zwei Wochen später erließ der Reichstag das (Erste) Gesetz zum Schutz der Republik. U.a. sah es Strafverschärfungen für politisch motivierte Gewalttaten wie die Ermordung von Regie-

ungsmitgliedern vor. Es vermochte die politischen Morde und den Terror vor allem von rechts nicht konsequent zu verfolgen, weil die Justiz in weiten Teilen dazu nicht willens und in der Lage, auf dem „rechten Auge blind“ war. – Zehn Jahre später war die NSDAP die stärkste Fraktion im Reichstag, ein dreiviertel Jahr später waren Hitler und seine „Bewegung“ an der Macht. 11 Jahre später, 1944 – nachdem die Nazis Millionen Menschen ermordet, in Konzentrationslager sowie Gefängnisse und zur Zwangsarbeit verschleppt hatten, unternahmen die Verschwörer vom 20. Juli den Versuch, dieses Terrorregime zu beseitigen.

20. Juli 1944: Wiederherstellung der vollkommnen Majestät des Rechts

Zum diesjährigen 75. Jahrestag des Attentats auf Hitler erscheinen wieder zahlreiche Neuerscheinungen zum Thema. U.a. von einer Enkelin Stauffenbergs (Sofie von Bechtolsheim): „Stauffenberg – Mein Großvater war kein Attentäter“. Damit fügt Stauffenbergs Enkelin seinem durchaus zwiespältigen Bild eine weitere Facette zu. Denn natürlich war Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein Attentäter. Der Enkelin geht

es nun darum, die Verschwörer vom 20. Juli von dem inzwischen vor allem durch den islamistischen Terror negativ besetzten Begriff des Attentäters zu befreien. So verständlich dieses Anliegen auch ist, so geht es doch letztlich fehl.

Was Stauffenberg und die Mitverschwörer vom 20. Juli etwa von den IS- und den Rechtsterroristen himmelweit unterscheidet, ist nicht nach Begriffen, sondern vielmehr nach den Zielen, die mit den jeweiligen Taten verfolgt wurden, zu bestimmen. Den IS- und Rechtsterroristen ging und geht es vor allem um bloße Zerstörung, die Verbreitung von Angst und Schrecken, Hass, Gewalt und Willkür. Demgegenüber kämpften die Verschwörer vom 20. Juli für ein Ende des Weltkrieges und des Mordens. Die von ihnen für den Umsturz vorbereitete Regierungserklärung begann mit den Worten: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommnen Majestät des Rechts.“

Für diese Ideale starben noch in der Nacht des 20. Juli 1944 im Hof des Bendlerblocks in Berlin Stauffenberg und drei seiner Mitverschwörer. Weitere folgten ihnen. Sie wurden in zahlreichen Prozessen vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.